

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1927**

22 (27.1.1927)

# Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt

Amtsblatt für Stadt und Bezirk Ettlingen mit den neuesten Handels-Nachrichten

Bezugspreis durch die Post oder durch Träger frei ins Haus pro Monat 1.50 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpf. Im Falle bösserer Gewalt hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter oder nichterhalten der Zeitung. — Wöchentliche Beilagen: „Der Bauernmann“, „Aus Heimat und Welt“, „Räder der Woche“ und „Kobold“

Verlag: Buch- und Steinruderei R. Barth, Ettlingen, Kronenstr. 28, Telefon 74. Postfach 1181 Karlsruhe. Verantwortlich für den politt. Teil: Erich Pabel, Rastatt, für den lokalen und literarischen Teil: R. Barth, Ettlingen. Druck & S. Greiser, G. m. b. H., Rastatt, Kaiserstr. 40/42. Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr. Veranlagung 10 Uhr.

Anzeigenpreis: 1 mm Höhe 8 Goldpfennig. Sammelanzeigen 10 Goldpf., Reklame-Anzeigen 25 Goldpf. Beilagen das Tausend 8 Goldmark. Bei Wiederholung Rabatt der bei Nichterhaltung des Zieles bei gerichtl. Vertreibung und Konkursen wegfällt. Für Plagiaten und Fälschungen der Aufnahme kann keine Garantie übernommen werden.

Nummer 22

Donnerstag den 27. Januar 1927

65. Jahrgang

## Der Wortlaut der Marx'schen Richtlinien

### Das Programm

#### 1. Außenpolitik.

Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne gegenseitiger friedlicher Verständigung — Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerkes von Locarno — lokale, gleichberechtigte Mitarbeit im Völkerbund.

#### 2. Verfassung.

Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform — unbedingte Ebnung dieser Verfassung und ihrer Gesamtheit sowie der verfassungsmäßigen Reichsorgane (Art. 3 der Reichsverfassung) gegen alle herabwürdigenden Verunglimpfungen — Vorgehen gegen alle Vereinigungen und alle Bestrebungen, die den Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken — Verbot für alle Beamte, sich an solchen Vereinigungen oder Bestrebungen zu beteiligen. Die verfassungsmäßige Gewährleistung Rechte der Beamten werden hierdurch nicht berührt.

#### 3. Reichswehr.

Bezüglich der Reichswehr wird der entsprechende Teil der Rede des Reichskanzlers vom 16. Dezember 1926 als maßgebend anerkannt.

1. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 31. Dez. 1926 ist strengstens durchzuführen.

2. Den Angehörigen der Reichswehr ist die Sauerbrigkeit, das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen die sog. Wehrverbände aller Richtungen und Form in erster Linie gehören, verboten.

3. Es wird eine Rekrutierungsverordnung erlassen, die Vorkehr trifft, daß keine verfassungswidrlichen Verfahren im Sinne der Ziffer 2 in die Reichswehr aufgenommen werden.

#### 4. Kulturfragen.

Es ist angeregt: Erlass eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechts, grundsätzliche Gleichstellung der in Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten — Sicherung des Religionsunterrichts (Art. 149).

#### 5. Sozialpolitik.

Leistungsfähige Förderung der Sozialreform, Ausbau und Vervollständigung des Arbeitsrechtes. Der nächste Schritt auf diesem Gebiet soll die Schaffung einer umfassenden Arbeiterkassengesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeit sein. Darin ist — ausgehend von den deutschen Verhältnissen — die Arbeitszeit, einschließlich der Sonntagsruhe, im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen zu regeln. Auf Grund einer solchen Regelung ist die deutsche Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gleichzeitig mit den anderen westeuropäischen Industrieländern bereit. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes sollen durch Uebergangs- und Notmaßnahmen Mißstände auf dem Gebiet der Arbeitszeit beseitigt werden. Die in Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft ist im Sinne der im Reichswirtschaftsrat zustandegekommenen Einigung weiter auszubauen. Dringlich ist die Verabschiedung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Damit im Zusammenhang stehen Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsnachweises, Ausbau und Vervollständigung der Sozialversicherung sollen nach Möglichkeit vereinfacht werden. Die verschiedenen Versicherungsarten bedürfen einer organischen Verbindung und Ausgestaltung. Die Lage der Invaliden muß verbessert werden. Für Eheleute ist eine besondere Versicherung zu schaffen. Entschlossene Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und Fürsorge für die Erwerbslosen mit allen zweckdienlichen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Mitteln. Die Sozialreform ist auch international, insbesondere im Zusammenwirken mit dem Internationalen Arbeitsamt zu fördern.

Amtlich wird hierzu mitgeteilt: Die beabsichtigte amtliche Bekanntgabe der in den heutigen Verhandlungen des Herrn Reichskanzlers mit den Parteiführern festgestellten Vorschläge über Richtlinien einer zukünftigen Regierungspolitik die übrigens nicht alle für ein Regierungsprogramm in Betracht kommenden Fragen umfaßt konnte noch nicht erfolgen, weil noch nicht sämtliche in Betracht kommende Fraktionen ihre Zustimmung zu den Erklärungen der Parteiführer erteilt haben. Alle über den Inhalt der Vereinbarungen erscheinenden Veröffentlichungen können nicht als authentisch angesehen werden.

### Der Stand der Regierungsbildung

Berlin, 27. Jan. Nach Schluß der Plenarsitzung traten die für die Regierungsbildung in Betracht kommenden Fraktionen des Reichstages wieder zu Fraktionsitzungen zusammen.

Die Zentrumsfraktion stimmte einstimmig den Richtlinien für das Regierungsprogramm zu. Der Reichsausschuß der Zentrumspartei ist auf den 6. Februar einberufen worden.

Die deutsche Volkspartei hat sich mit den Richtlinien einverstanden erklärt, die sie als eine brauchbare Grundlinie für ein zukünftiges Regierungsprogramm ansieht.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion vertritt — wie die L.-U. hört — den Entwurf einer Formulierung, die als Grundlage für einen Teil der Regierungserklärung dienen soll. Ein Beschluß wird erst gefaßt werden, nachdem der endgültige Abschluß der Regierungsbildung erfolgt ist.

### Die Einigung über die Richtlinien

#### Das amtliche Communiqué.

Berlin, 27. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem der Herr Reichskanzler um 10 Uhr gestern vormittag dem Herrn Reichspräsidenten über den Stand der Regierungsbildung Bericht erstattet hatte, fanden gegen Mittag die Verhandlungen über die Richtlinien des Herrn Reichskanzlers über die künftige Regierungspolitik mit den deutschnationalen Unterhändlern nach einer eingehenden Erörterung ihren Abschluß. Die in dieser Besprechung vereinbarten Grundsätze über Außenpolitik, Verfassung, Reichswehr, Kulturfragen, sowie Sozial- und Wirtschaftspolitik wurden sodann seitens des Herrn Reichskanzlers den Fraktionsführern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei mitgeteilt. Der Herr Reichskanzler richtete an die genannten Fraktionen das Ersuchen, sich nunmehr namentlich auf Grund der geschaffenen Grundlage an der Regierungsbildung zu beteiligen. Da während der weiteren Nachmittagsstunden sich die Fraktionen mit der Beratung der oben bezeichneten Grundsätze befaßten, wählten die weiteren Verhandlungen, namentlich über die Personalfrage auf heute Vormittag verschoben werden.

### Marx bei Hindenburg

Berlin, 27. Jan. Amtlich wird bekanntgegeben: Der Herr Reichspräsident empfing gestern den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx, der ihm über seine bisherigen Verhandlungen mit den für die Regierungsbildung in Frage kommenden Reichstagsfraktionen Bericht erstattete.

### Die gestrigen Besprechungen

Berlin, 26. Jan. Nach seinem Empfang durch den Reichspräsidenten besaß sich der Reichskanzler Dr. Marx zur Fortsetzung der Besprechungen mit den Parteien über die Richtlinien der neuen Regierung in den Reichstag. An den Besprechungen nahmen außer den deutschnationalen Unterhändlern für die Deutsche Volkspartei die Abgeordneten Dr. Schulz, Kempkes, Dr. Jasp und Brünninhaus, und für das Zentrum die Abgeordneten Stegerwald, von Guérard, Esser und Joss teil. Auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns waren wieder erschienen. Um 11 Uhr nahm auch die Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion ihren Anfang, in der sie sich darüber entschließen soll, ob sie zum Eintritt in die Regierung grundsätzlich bereit ist.

Zu den gestrigen Verhandlungen erfahren wir noch: Von den Unterhändlern der deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei sind die vom geschäftsführenden Reichskanzler ausgearbeiteten Richtlinien als Grundlinie für eine zukünftige Regierungserklärung abgebillt worden unter Vorbehalt des Ergebnisses der noch über die tatsächliche und persönliche Zusammenlegung der künftigen Regierung stattfindenden Verhandlungen. Die Bayerische Volkspartei, die Demokraten und die Wirtschaftliche Vereinigung werden im Laufe des Nachmittags über den Stand der Verhandlungen unterrichtet werden und die Richtlinien vorgelegt erhalten.

### Die demokratische Fraktionsitzung verfaßt

Berlin, 27. Jan. Die Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion, die um 11 Uhr begann wurde nach kurzer Beratung auf 1/2 Uhr verlegt, weil die Richtlinien von Dr. Marx noch nicht vorgelegt waren. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet sind gewisse Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß zwischen den Deutschnationalen und den Demokraten Differenzen über die Art der Verhandlungen bestehen. Die Demokraten wollen ihre endgültige Entscheidung über eine etwaige Beteiligung an der neuen Regierung erst treffen, wenn ihnen von den übrigen für die Konstitution in Aussicht genommenen Fraktionen die programmatischen Richtlinien des Reichskanzlers vorgelegt worden sind. Die Deutschnationalen wünschen dagegen, daß die Demokraten, ehe ihnen das Regierungsprogramm zur Meinungsäußerung vorgelegt wird, einen grundsätzlichen Beschluß fassen, ob sie sich überhaupt gemeinschaftlich mit den Deutschnationalen an einer Regierung beteiligen wollen.

Berlin, 27. Jan. Die demokratische Reichstagsfraktion trat gestern mittag um 1 Uhr zur Fortsetzung ihrer Beratungen zusammen, vertagte sich jedoch bald wieder, da ihr die Richtlinien des Reichskanzlers noch nicht zugegangen waren.

Außenminister Dr. Stresemann hatte gestern mittag mit dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold eine kurze Besprechung. Erörterte führte der Außenminister auch mit dem Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Reichstagsfraktion Dr. Koch eine etwa einhalbstündige Aussprache herbei.

### Paris und die deutsche Rentenkrise

Paris, 27. Januar. Die Meldungen der französischen Korrespondenten über den Verlauf der deutschen Rentenkrise lauten immer vorsichtiger. Das Zustandekommen einer Rechtsregierung wird nicht mehr bezweifelt. Der „Craxford“ ist der Ansicht, daß eine solche Regierung auch dann zustande kommen werde, wenn die Demokraten ihre Unterstützung verweigern. Im übrigen tritt hier immer mehr die Auffassung in den Vordergrund, daß ein Urteil über die neue Regierung nicht gefällt werden könne, ohne sie am Werke gesehen zu haben und alle Vorurteile beiseite gelassen werden müßten.

### Die Stellungnahme der Demokraten zu den Richtlinien

Berlin, 27. Jan. Die demokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Mittwochabend eingehend mit den Richtlinien des Reichskanzlers, führte die Beratung aber noch nicht zu Ende, sondern vertagte sich auf Donnerstagvormittag. Der Fraktionsvorsitzende Koch wurde jedoch damit beauftragt, bereits am Donnerstagvormittag dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die sozialpolitischen Teile der Richtlinien in dieser Form für die Demokratische Partei nicht annehmbar seien. Dem Kanzler soll weiter mitgeteilt werden, daß die Demokraten Sicherung einer exportfördernden Handelsvertragspolitik sowie energische Förderung der Siedlungspolitik durch das Reich verlangen.

### Regierungserklärung erst am 1. od. 3. Februar

Berlin, 26. Jan. Der Vorkommerrat des Reichstages beschloß, am Donnerstag noch eine kurze Sitzung abzuhalten, um die Fraktionen bis zur endgültigen Bildung der Regierung zusammenzuhalten. Dann soll in den Verhandlungen des Reichstages eine kurze Pause einreten, deren Dauer noch nicht bestimmt ist. Ebenso bleiben der Freitag und der Samstag wegen der Thüringer Wahlen noch sitzungsfrei. Die Regierungserklärung wird entweder am Dienstag, den 1. Februar, oder am Donnerstag, den 3. Februar, abgegeben werden.

### Erklärungen Stresemanns gegenüber dem Berliner „Times“-Vertreter

Berlin, 27. Januar. Wie die Abendblätter melden, gewährte Reichsaußenminister Dr. Stresemann dem Berliner Vertreter der „Times“ ein Interview, in dem er sich eingehend mit der gegenwärtigen Regierungskrise befaßte. Er betonte, daß die Regierungskrise ausschließlich Fragen der inneren Politik angehe, während auf dem Gebiete der auswärtigen Politik die von ihm geführte und vom Reichspräsidenten gebilligte Politik sichergestellt sei.

Wenn jetzt die deutschnationale Partei die Opposition aufhebe und wieder in die Regierung eintrete und wenn dies, wie ungewisselhaft feststeht, unter Festhaltung des bisherigen Kurzes der Außenpolitik geschehe, so bedeute dies in außenpolitischer Hinsicht nichts anderes, als daß sich seit dem Oktober 1925 ein bedeutender Wandel vollzogen habe. Dieser sei ein Beweis dafür, daß auch in den Kreisen, die hinter der deutschnationalen Partei stehen, inzwischen das Verständnis für die Locarno-Politik lebendig geworden sei und daß diese Politik in Zukunft sowohl im Parlament als auch in der Öffentlichkeit auf eine ganz überwiegende Mehrheit zählen könne. Man solle die Schwierigkeiten, die sich der Locarno-Politik entgegenstellten, nicht noch künstlich vermehren.

### Austritt Geßlers aus der D. D. P.

Wie wir von unterrichteter Seite hören, soll der Austritt des Reichswehrministers Dr. Geßler aus der Deutschen Demokratischen Partei unmittelbar bevorstehen. Dr. Geßler werde, so heißt es in einem Schreiben an den demokratischen Parteivorsitzenden, von seinem Entschluß Kenntnis geben. Er werde darauf hinweisen, daß er nach wie vor auf dem Boden der demokratischen Weltanschauung stehe, daß er es aber für wenig nützlich halte, daß gegenwärtig sein Name den Hauptpunkt der Tagesordnung sämtlicher demokratischer Parteiveranstaltungen bilde. — Wenn sich die Nachricht bestätigt, würde die Deutsche Demokratische Partei wieder einen ihrer Gründer verlieren, nachdem erst kürzlich zwei andere Gründer sie verlassen haben, nämlich der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, weil ihm die Partei zu linksgerichtet war, und der Chefredakteur Theodor Wolff, weil sie ihm zu rechtsgerichtet schien.

### Zur 500 Millionen-Anleihe

Berlin, 27. Jan.

In politischen Kreisen hat es große Verwunderung herbeigerufen, daß der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold als Mitglied eines geschäftsführenden Ministeriums eine Anleihe von 500 Millionen Reichsmark zum Abschluß gebracht hat. Wir hören hierzu von zuständiger Seite, daß es auch die Pflicht eines geschäftsführenden Reichsfinanzministers ist, während der Demission des Kabinetts Transaktionen vorzunehmen, die sich günstig auf die Finanzlage des Reiches auswirken müssen. Im übrigen sei die Anleihe bereits seit vielen Monaten geplant gewesen und habe nur deshalb nicht zu einem früheren Termin begangen werden können, da der Reichsfinanzminister die Anleihe zu einem möglichst geringen Zinsfuß herausbringen wollte. In politischen Kreisen knüpft man an den jetzigen überraschenden Abschluß der Anleiheverhandlungen zwischen Dr. Reinhold und der Reichsbank die Vermutung, daß der Reichsfinanzminister damit rechne, auch dem neuen Kabinett anzugehören, falls es sich binnen kurzer Zeit herausstellt, daß die Anleihe auf dem Goldmarkt gut untergebracht wird. Die Demokraten enthalten sich

jeder Stellungnahme, doch wird der Reichsfinanzminister nicht auf seinem Posten bleiben können, wenn der Reichszentraler den Deutschnationalen drei Ministerplätze gewährt. Auch in Finanzkreisen wird dem Abschluß der Anleiheverhandlungen eine größere Bedeutung beigemessen, da man annimmt, daß durch den Zinsfuß von 5 Prozent dieser künftig als Norm betrachtet werden dürfte. Die bisherigen Zinsfüße im privaten Anleiheverkehr lagen noch immer erheblich über dem Zinsfuß des Weltmarktes.

### Deutscher Reichstag

260. Sitzung.

Berlin, 26. Jan. Präsident Loh eröffnet die Sitzung um 8 Uhr. Ein kommunistischer Antrag, die Grundschulvorlage von der Tagesordnung abzulegen, wird abgelehnt. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzesentwurfes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Abg. Frau Schröder (Soz.) legt die in zweiter Lesung abgelehnten Anträge ihrer Partei wieder vor. Sie verlangt die Sicherstellung der Behandlung Minderbemittelter aus öffentlichen Mitteln. Namentlich sei eine Liste derjenigen Krankheiten, die unter das Gesetz fallen.

Abg. Räder (Komm.) erklärt, auf die Haltung innerhalb der Sozialdemokratie sei es zurückzuführen, daß das Gesetz in zweiter Lesung noch schlechter geworden sei als es aus dem Ausschuß kam. In dieser Fassung würden die Kommunisten die Vorlage ablehnen.

Abg. Paetsch (Wirtsch. Vereinigung) macht die Zustimmung seiner Partei von der Wiederherstellung des Ausschusses zum Kurpfuschereiparagraphen, also Beschränkung des Arztemonopols auf „antiekende“ Geschlechtskrankheiten, abhängig.

Abg. Landsberg (Soz.) beantragt, daß der Strafentwurf gegen denjenigen, der die Ehe einget, obwohl er an einer ansteckenden Geschlechtskrankheit leidet, wieder zurückgenommen werden kann. Damit schließt die Aussprache der sozialdemokratische Antrag, auf Anordnung der unentgeltlichen Behandlung für Minderbemittelte, wird mit 164 gegen 146 Stimmen angenommen. Dafür stimmen außer den Antragstellern auch die Kommunisten, die Völkischen und die Wirtschaftliche Vereinigung. Auch der Antrag Landsbergs findet Annahme.

Der sozialdemokratische Antrag auf Schaffung einer Liste über die den Kurpfuschern entzogenen Krankheiten wird mit 178 gegen 125 Stimmen abgelehnt und Paragraph 7 in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Auch der Rest des Gesetzes wird im wesentlichen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Vor der Schlussabstimmung gibt Abg. Dr. Moses (Soz.) eine Erklärung ab, wonach ein Teil der sozialdemokratischen Fraktion dem Gesetz nicht zustimmen werde. Maßgebend dafür sei die Ablehnung der völligen Unentgeltlichkeit der Behandlung und ein über den Rahmen der Geschlechtskrankheiten hinausgehender Zwang. Die gesamte Fraktion sei sich aber einig darin, daß, wenn das Gesetz angenommen werde, sie nicht rufen werde, um die sich daraus ergebenden Mängel oder unnötigen Härten so schnell wie möglich abzustellen. Die Vorlage wird darauf in der Schlussabstimmung gegen die Stimmen der Völkischen, der Kommunisten, der Wirtschaftlichen Vereinigung und gegen die Minderheiten aus allen übrigen Fraktionen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Grundschulgesetz. Der Ausschuß beantragt, daß, da eine baldige Auflösung der privaten Vorschulen oder ein baldiger Ausbau erhebliche wirtschaftliche Härten für die Lehrkräfte oder die Unterhaltsträger mit sich bringen würde, die völlige Auflösung aufgeschoben werden solle. Die Schülerzahl soll aber dann den bisherigen Umfang nicht übersteigen. Wenn sich Härten ergeben, soll aus öffentlichen Mitteln eine Entschädigung gewährt werden. Ein kommunistischer Antrag, den Reichsanwalt herbeizurufen, damit er zu dem Gesetz Stellung nehme, wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Abg. Dr. Ewenstein (Soz.) bezeichnet den Ausschußantrag als ein typisches Produkt des schwarz-blauen Bürgerblocks, das obendrein der Reichsverfassung widerspreche. Der Entwurf verleihe nur unvollkommen die Möglichkeit der Privatschule als die monarchistische Gymnasialschule zu erhalten. Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus verläßt die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr. Schluß 5 Uhr.

Der auswärtige Etat vor dem Haushaltsausschuss. Berlin, 27. Januar. Der Haushaltsausschuss des Reichstages setzte heute die Beratung des auswärtigen Etats mit einer längeren Aussprache fort. Der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken wandte sich gegen den Durchbruch

der Wilhelmstraße, da damit die einzige historische Straße Berlins zerstört werden würde. Der Volksparteier Dr. Schnee wünschte, daß die früheren Kolonialbeamten zum auswärtigen Dienst herangezogen werden sollten. Der Wirtschaftsparteier Dr. Bredt erklärte, daß seine Partei den auswärtigen Etat nur auf der Höhe des Vorjahres bewilligen könnte.

### Lichtsignale im Reichstag

Der Präsident regelt den Redeverkehr.

Im großen Sitzungssaal des Reichstages ist jetzt eine interessante technische Neuerung angebracht. Zu beiden Seiten des Rederpultes befinden sich zwei Glühbirnen. Sie werden vom Präsidenten höchst eigenhändig zum Aufblenden gebracht und dienen dazu, den jeweiligen Redner darauf aufmerksam zu machen, daß seine Redezeit abgelaufen ist. Fünf Minuten vor Ablauf der Redezeit leuchten zwei gelbe Lichter auf und mahnen den Redner, sich nun möglichst kurz zu fassen, da er das Rederpult bald verlassen muß. Ist die Redezeit endgültig aufgebraucht, so flammen zwei rote Lichter auf, die den Redner auffordern, nun aber endgültig seine Sachen zusammenzupacken und zu verschwinden. Man wollte mit der Einrichtung dieser Lichtsignale wohl den lärmenden Eingriff der Präsidentenglocke überflüssig machen. Das Publikum folgt mit lebhaftem Interesse den Lichtsignalen des Präsidenten. Die Neuerung ist zweifellos sehr interessant und gut gemeint. Sie hat aber nur den einen Fehler, daß die Redner sich nicht daran lehren, und daß der Präsident immer wieder zur Glocke greifen muß, um den Beschlüssen des Plenums über die Einschränkung der Redezeit Geltung zu verschaffen.

### Amerikas neues Einwanderungsgefeß

New York, 27. Jan. Die Einwanderungsausschüsse der beiden Häuser des amerikanischen Kongresses sind in die Beratung der Vorlage eingetreten, die das Inkrafttreten des neuen Einwanderungsgefeßes um ein Jahr hinauschieben wollen, damit noch Abänderungen der Einwanderungsquoten auf Grund der Massenabwanderung möglich gemacht werden können.

### Kleine vermischte Nachrichten

Zum Raubmord in Frankfurt.

Frankfurt, 27. Januar. Die Untersuchung des Raubmordes in der Kaiserstraße hat bis jetzt noch keine Ergebnisse gezeigt. Die Verbringung des unglücklichen Opfers Joseph Grebenau fand am Dienstagmorgen unter gewaltiger Beteiligung der Bevölkerung auf dem israelitischen Friedhofe in Frankfurt a. M. statt.

Schwere Schneeverwehungen in der Eifel.

Wie über Köln berichtet wird, haben die letzten Schneefälle in der Eifel so große Schneemengen gebracht, wie seit Jahren nicht mehr. Streckenweise ist der Schnee einen Meter hoch angeweht, was zahlreiche Verkehrsstörungen zur Folge hat. In den Waldungen, namentlich in den jungen Kulturen, hat der Schnee erheblichen Schaden angerichtet.

Schwamm an der Elbe.

Hamburg, 27. Jan. Das Hochwasser steht jetzt etwa 50 Zentimeter unter dem Hochwasserstand des Sommers. Die Ortschaft Gottmann ist völlig von Wasser umgeben. Auch in Boitzenburg mußten die Keller geräumt werden.

Mutige Liebessträubdie.

Stettin, 27. Jan. Zu Pasewalk erschoss gestern nachmittag der Oberleutnant Willi Sak vom Reiterregiment Nr. 6 seine Braut und brachte sich dann selbst einen Schuß bei, der jedoch nicht lebensgefährlicher Natur ist. Der Täter wurde verhaftet.

Schreckenstat einer Mutter.

Salzburg, 27. Jan. Die Eisenbahngattin Philomena Bedl in Schwarzach hat ihren fünfjährigen Stiefsohn Hubert, weil er über die schlecht zubereiteten Speisen klagte, erwürgt. Die Mörderin ist gefänglich und wurde verhaftet.

Absturz eines belgischen Militärflugzeuges.

Brüssel, 27. Jan. Ueber Coere, bei Brüssel, kürzte ein Militärflugzeug ab. Der Offizierstiegt wurde getötet.

Vier Todesopfer der Schlagwetterkatastrophe bei Büttich.

Brüssel, 28. Jan. Von den sieben bei der kürzlich gemeldeten Schlagwetterkatastrophe in einem Kohlenbergwerk bei Büttich schwerverletzten Arbeitern sind vier bis jetzt ihren Verletzungen erlegen.

Paris von der Finanzexplosions unbefriedigt.

Paris, 27. Januar. Das Finanzeposé, das Poincaré gestern der Finanzkommission der Kammer entwickelte, befriedigt nur in geringem Maße. Besonders bemängelt wird, daß Poincaré noch nicht die endgültige Stabilisierung vornehmen will. Die Ausführungen Poincarés waren eigentlich nur ein Lobgesang auf seine Finanzpolitik.

### Die rettende Hand

Roman von F. F. Neumann.

33 Denken Sie doch an die traulichen Stunden, die ich in Ihrem Heim genießen durfte, an den Meinungsaustausch, den wir pflegten! Immer trafen sich unsere Anschauungen und Gedanken. Ja — dann aber — dann — Er senkte tief den Kopf: „Dann brachen Sie den Verkehr ab —“

Bera blickte sich in fiebernder Unruhe um: „Ach — wenn wir über dies alles jetzt sprechen wollten, wir würden uns nicht verstehen. Zu viel ist da zu sagen! Aber begreifen Sie, in welcher entsetzlichen Lage ich mich befinde! Wo ist Wolfgang, was wird aus ihm? Wann erwarten Sie den Herrn Konsul —“

Roserow neigte das Haupt: „Ihr Bruder ist unten bei Herrn Emmerich und Herrn Böhmer. Man redet dort dem jungen Manne gut zu. Besürchten Sie nichts. Der Chef kommt erst gegen Abend. Man hat mich ausersuchen, die ganze Sache mit Ihnen, als der älteren Schwester zu besprechen! Halten Sie mich also bitte nicht für einen Schwärmer, der Ihnen kostbare Minuten stiehlt, um seine eigenen Angelegenheiten zu erledigen —“

Er hob beschwörend die Hände und seine Augen leuchteten in ehrlicher Liebe.

„Was ich nun sagen will, steht ja in unmittelbarem Zusammenhang mit all dem Traurigen, was wir erleben. Darum haben Sie ein wenig Geduld.“

Glauben Sie mir, es wird noch alles gut werden —“ Sie schüttelte abwehrend den Kopf.

„Nein — nein! Aus diesem Sturz gibt es kein Wiedererstehen. Ich glaube den Herrn Konsul zu kennen. Er wird das Verdammungsurteil sprechen — und er tut

recht daran! Bei diesem Manne, der selbst so korrekt ist, gibt es keine Gnade!“

Sie lehnte sich halblös gegen den Schreibtisch und ihre Augen blickten in die Ferne, als ob sie zukünftige Dinge sähe.

„Wir sind verfehmt und ausgestoßen, wir werden diese Stadt verlassen für immer und unsere Schande in irgend einem Erdwinkel begraben.“

„Ich danke Ihnen von Herzen!“

Nun streckte sie ihm die Hand entgegen.

Er ergriff und drückte sie warm.

„Es gibt Augenblicke im Leben, Fräulein Banjelow, da bedarf selbst der stärkste Mensch brüderlicher Hilfe. Der Herr Konsul wird ein Einsehen haben. Wir sind alle einmal jung gewesen und haben gefehlt —“

„Oh — ja —“ fiel sie ihm hastig und gequält ein, „aber — dies — dies, das ist furchtbar! Sagen Sie mir Näheres! Wie wurde die Sache entdeckt — wie konnte Wolfgang —“

Ein Schweigen trat ein.

Da richtete er sich auf. Das war nicht mehr der zaudernde, unbeholfene Mann, der nun vor ihr stand. Festigkeit und Entschlossenheit leuchteten aus seinen Augen. Die Stimme hob sich.

„Dahon später! Ich — als Ihr Anwalt werde mit dem Chef alles regeln.“

Und nun hören Sie mich, keine Minute ist zu verlieren: Sie wiesen mein Anerbieten zurück. Zweimal sprachen Sie herb von „Fremden“, die sich nicht einmischen sollten in Ihre Verhältnisse. Ich weiß, daß es gut gemeint war, was Sie sagten, wenn es mich auch tief schmerzte. Ich will Ihnen nicht mehr der Fremde sein. Ihre strenge Zurückhaltung ließ mich bisher nicht

### Das Endergebnis der südslawischen Kreiswahlen.

Belgrad, 27. Januar. Nach dem nunmehr vorliegenden Endergebnis der jugoslawischen Kreiswahlen haben die Radikalen mit Einschluß der Deutschen, Ungarn und Muslimen 470 Mandate erhalten. Die Zahl der deutschen Mandate beläuft sich auf fünfzehn, auf die Radikale entfallen 235, auf die Dawidowitschgruppe 170 und auf die Slowenische Volkspartei 83 Sitze, während die Demokraten 30 Mandate erhalten haben.

### Kultusminister Leers über die Aufgaben der Demokratie

Wormsheim, 26. Jan. Gestern abend hielt Kultusminister Leers in einer von der Deutsch-Demokratischen Partei einberufenen Versammlung einen Vortrag über die Aufgaben der Demokratie. Er führte u. a. aus:

Um die Grundlage für eine wahrhaft demokratische Republik in der Bevölkerung zu schaffen, sei nichts wichtiger als eine gute Volksschule und eine gute Volkshochschule. Die Schule muß so ausgebaut und so eingerichtet werden, daß sie eine völlig genügende Bildung gibt, nicht nur für eine Betätigung im wirtschaftlichen Leben, sondern auch für die staatliche und sittliche Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung. Dadurch wird die höhere Schule entlastet und kann sie ihrer eigentlichen Aufgabe, der wissenschaftlichen Ausbildung der jungen Leute, besser dienen. Die Volksschule müsse so ausgebaut werden, daß die Eltern nicht mehr die auf falschem Stöcke beruhende Ansicht hegen, ihre Kinder müßten in die höhere Schule gehen. Die Lehrerbildungsfrage sei von großer Wichtigkeit für die Schule, denn wie der Lehrer so sei die Schule. In der Lehrerbildungsfrage müsse alles daran gesetzt werden, aus dem Gelehrten herauszuholen, was möglich sei, um die Lehrer zu fördern. Die Hochschulen seien für das Land Baden von außerordentlicher kultureller Bedeutung. Mit Stolz und Befriedigung könne man auf die Haltung der badischen Studentenschaft blicken in dem Kampfe für die demokratische Einstellung des studentischen Lebens. Die Studentenschaft brauche keine Bevormundung; er, der Kultusminister, achte ihre Freiheit, und er habe das Vertrauen, daß sie auch in Zukunft mit dem Unterrichtsminister einig gehen. Was die Frage der Simultanlehre anbelange, werde er dafür eintreten, so weit es im Rahmen der Reichsschulverfassung möglich sei.

Die Verbindung zwischen Schule und Wirtschaft sei sehr eng, denn die Schule, von der Hochschule bis zur Volksschule, müsse der Wirtschaft die Kräfte geben, um das auszunutzen, was uns in der Vergangenheit Schaden zugefügt. Was der Wirtschaft nütze, müsse durch die Schule fundiert sein. Auch die verschiedenen Fachschulen seien als gutes Stimmittel zu betrachten. Was er hier zur Beförderung tun könne, werde er sehen, aber auch der Tätigkeit des Ministers würden durch die Wirtschaft Grenzen gesetzt.

Nach Streifung der großen Steuerfragenkomplexe kam der Minister auf die Bedeutung der heutigen Kleinrentner zu sprechen, die sie seinerzeit im Erwerbleben aufzuweisen hatten. Der Jugend müsse man Ehrfurcht vor den Kriegsoffizieren beibringen und sie in angemessener Form immer und immer wieder darauf hinweisen, was so viele für die Allgemeinheit gelitten. Das sei tiefergehende Pflege des vaterländischen Gefühls als Waffentaten zu verherrlichen, deren Wesen doch meistens verächtlich und nicht verstanden werden. Man diene dem Volke damit jedenfalls besser als mit jeglicher Art Soldatenpferei.

### Badischer Landtag

Karlsruhe, 27. Jan. Von der Bürgerlichen Vereinigung wurden an den Badischen Landtag folgender Antrag und Anfrage gerichtet:

Antrag:

Gleichmäßige Bewertung der badischen Wirtschaft mit der anderer Länder bei der Festlegung der Einheitswerte. Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, beim Landesfinanzamt Karlsruhe erneut darauf hinzuwirken, daß eine gegen andere Finanzämter höhere Bewertung der badischen Wirtschaft unterbleibe.

Kurze Anfrage.

In den Kreisen der Kriegsschädigten wird bitter darüber geklagt, daß die bei den Versorgungsgerichten eingeleiteten Reformen nur sehr schleppend erledigt würden.

Die Ursache liegt, wie ich glaube festzustellen zu können, an der ungenügenden Besetzung dieser Gerichte, namentlich mit Büro- und Kanzleipersonal.

Ist die Regierung bereit, Schritte zu tun, um diesem Mißstand abzuhelfen und bis wann dürfte die Abhilfe zu erwarten sein?

dazu kommen, Ihnen das zu sagen, was mir schon seit langem auf dem Herzen liegt.“

Er trat dicht an Bera heran.

„Nehmen Sie mich auf in den Kreis der Ihrigen, geben Sie mir das Recht, für Sie zu kämpfen und zu leiden. Ich liebe Sie, Bera, liebe Sie so, wie vielleicht selten ein Mann ein Mädchen liebt! In dieser Stunde, wo Ihr Lebensschiff im Sturm geht, lassen Sie mich das Steuer ergreifen! Ich biete Ihnen meine Hand, Bera. Sie enthält nicht viel an Geld und Gut, aber — sie versteht zuzugreifen. Sie versteht Wunden zu heilen und zu helfen —“

Fassunglos blickte Fräulein Banjelow den Sekretär an, über dessen vor Bewegung zuckendes Antlitz eine Träne rollte.

„Herr Roserow —!“

Er lächelte schmerzlich.

„Verzeihen Sie mir! Es steht einem Manne schlecht an, zu weinen! Seit mir die Mutter starb, tat ich es nicht mehr! Aber heute — ja — das alles hat mich so erschüttert —“

Beras Stimme zitterte: Was tun Sie! Wissen Sie denn, was Sie tun? Sie wollen Ihre Zukunft, Ihr ganzes Schicksal an Geächtete schieben!

Und Sie glauben im Ernst, daß ich dies Anerbieten annehmen könnte —“

Da sah er ihr fest in die Augen.

„Wenn Sie gar nichts für mich übrig haben, Bera, wenn mein stilles Verben durch Monate, ohne jeden Eindruck auf Sie blieb — ja — dann —“

„Nein — nein — wären Sie einen Tag früher gekommen, einen einzigen Tag nur, ach — dann wäre wohl alles anders geworden —“

### Aus Baden und Nachbarländern

Gegen eine Schließung der Arbeitswerkstätte Ludwigshafen a. Rh.

Ludwigshafen, 27. Januar. Oberbürgermeister Dr. Weiss hat, nachdem er der Dienstaufsicht der Eisenbahnen wegen der Vermittlung des Einigungsverfahrens der Eisenbahnen wegen der Vermittlung des Einigungsverfahrens der Eisenbahnen wegen der Vermittlung des Einigungsverfahrens der Eisenbahnen...

Mannheim, 27. Januar. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Mannheim ist nunmehr die Krankenziffer infolge der Grippe auf rund 4700 gestiegen. Die wöchentlich aufzuwendenden Beträge für Darunterstützung belaufen sich auf rund 100 000 Mark.

Mannheim, 27. Januar. Auf der Straße zwischen Sandhofen und Scharhof wurde der 19-jährige Karl Gröble von Scharhof von dem Wägher Jakob Böd aus Sandhofen überfallen. Böd stieß den Gröble von seinem Rad und bedrohte ihn mit einem Revolver. Der Ueberfallene wehrte sich, konnte jedoch nicht verhindern, daß er am Kopf schwer mit dem Revolver zugerichtet wurde. Seine Bekanntschaft mit dem Revolver nahm er ihm ab und flüchtete. Er konnte noch in derselben Nacht aus dem Bette verhastet werden.

Mannheim, 27. Januar. Gestern vormittag wollte in der Wohnung der Eltern in der Neckarstadt ein zwei Jahre altes Kind auf einen Stuhl, auf dem ein Kübel mit heißer Flüssigkeit stand, steigen. Der Kübel kippte um, wobei das heiße Wasser über das Kind lief, das schwere Brandwunden erlitt. Beim Abladen von Fässern auf der Mittelstraße wurde gestern mittag ein 53 Jahre alter Vorfahrer eines Kraftwagens erheblich verletzt. Im Neubau des Straßenbahndepots am Neckarübergang erlitt gestern nachmittag ein 21 Jahre alter Dreher beim Abladen von Kollarkern eine Verletzung der Wirbelsäule, die seine Ueberführung in das Allgemeine Krankenhaus notwendig machte.

Buchen, 27. Jan. Bei der vom hiesigen Forstamt abgehaltenen Submmission wurden folgende Preise erzielt: für Papierholz 2. Kl. 13 M., für Nußgruppen 7 bis 8,50 M. pro Festmeter.

Mußbach, 27. Jan. Ein etwa 19 Jahre alter Maurergeselle wurde an einem der letzten Abende in der Küche seiner Eltern in bemühlosem Zustande aufgefunden. Aus bisher unbekannter Ursache hatte der junge Mann versucht, seinem Leben durch Versenken des Halses in die Gasleitung ein gewaltsames Ende zu bereiten, was jedoch glücklicherweise durch seine Familienangehörigen verhindert werden konnte. Die durch einen Arzt sofort angestellten Wiederbelebungsvorversuche waren von Erfolg.

Hofweiler, bei Baden-Baden, 26. Jan. Der kürzlich verstorbenen Deutsch-Amerikaner Georg Grei, Besitzer mehrerer Brauereien, hinterließ ein Vermögen von 25 Millionen Dollars, von denen er 10 000 Dollars dem Kinderheim seines Geburtsortes Hofweiler vermachte.

Singen, 27. Jan. Die Langholzverkäufungen Ende letzter Woche in den Radolfzeller Waldungen gingen rasch vonstatten. Der Anschlag 1. und 2. Klasse wurde mit 120 Prozent des Grundpreises weit überboten, bis auf 150 Prozent. Bei den in Duglingen abgehaltenen Brennholzverkäufungen der Gemeinde hingegen wurden nicht die gleich hohen Preise wie im Vorjahr erzielt. Es folgte im Durchschnitt ein Ster Buchenscheiter 2. Klasse 15 bis 17 M., gegenüber 20 M. im Vorjahr. Für Eichenscheiter wurden für 1 Ster 12 bis 15 M. und für Prügels Holz 7 bis 9 M. erzielt. Dagegen war die Nachfrage bei Bau- und Kopfenstangen groß. Hier wurde sogar durchweg das Fünffache des Anschlagpreises erzielt.

St. Georgen, 27. Jan. Einen raschen Tod erlitt der 53 Jahre alte Landwirt Karl Dbergell zum früheren „Röhle“ in Sommerau. Er war mit seinem Dreispännerfuhrwerk in der Stadt und mit Abladen von Sand beschäftigt, als er plötzlich zu Boden sank. Der schnell herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod durch Herzschlag feststellen.

Neuenburg, 27. Jan. Die Staatsanwaltschaft verhaftete hier einen jungen Mann namens S. D., der beschuldigt wird, bei einem Kindsmord im vorigen Jahre Beihilfe geleistet zu haben. Die Leiche des Kindes wurde in dem Garten des D. unter einem Baum vergraben aufgefunden.

### Vollzeichnung der badischen Staatsanleihe

Karlsruhe, 27. Jan. Die neue Anleihe des badischen Staates ist, wie aus Berlin gemeldet wird, sofort voll gezeichnet worden.

Die Prozentige badische Staatsanleihe von 1927 ist an ein größeres Bankentomborium unter Führung der Direktion der Discount-Gesellschaft in Höhe von nom. Reichsmark 33 000 000 auf Feingoldbasis begeben. Die Anleihe wird in halbjährlichen Raten am 1. Februar und 1. August jeden Jahres, erstmalig am 1. August 1927, verzinst werden. Die Tilgung erfolgt im Wege des freihändigen Ankaufs oder durch Auslösung zum Nennwert jährlich in Höhe von etwa 2,5 Prozent, des unprinzipialen Anleihebetrages zuzüglich erwarteter Zinsen erstmalig zum 1. Februar 1931. Verstärkte Tilgung und Gesamtilgung sind bis zum 1. Februar 1932 ausgeschlossen. Die Anleihe ist gestützt auf 100, 500, 1000 und 5000 RM. Börseneinführung ist in Berlin, Frankfurt a. M. und Mannheim vorgesehen. Die Anleihe wird zu 98,75 Prozent vom Nennbetrage bei dem dem Konsortium angehörigen Banken, sowie ihren sämtlichen Niederlassungen zum Verkauf gestellt.

### Badens Anteil am Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung

Karlsruhe, 27. Jan. Die Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung teilt mit, daß auf Grund der von den Ländern aufgestellten besonderen Programme wirtschaftlich wertvoller Notstandsarbeiten solche Notstandsarbeiten mit insgesamt 29,4 Millionen Tagewerken grundsätzlich genehmigt worden sind. Die Förderbeträge solcher Arbeiten belaufen sich auf rund 240 Millionen. Davon entfallen auf Baden 1157 920 Tagewerke mit einer Förderung von 9 708 714 Mark. Davon werden verwendet für Straßenbauten 4 729 076 Mark für Meliorationen 1 443 060 Mark, für Hochwasserschutz und Gewinnung von Wasserkräften 402 788 Mark, für Kanalisationsarbeiten 1 587 840 Mark und für kleinere Notstandsarbeiten 1 546 000 Mark.

### Der Lohnkampf in der Textilindustrie

Körsach, 27. Jan. Die im Bezirk Körsach bis jetzt stattgefundenen Abstimmungen der Textilarbeiter zu dem Schiedsspruch des Karlsruher Landesrichters führten zu einer mit großer Mehrheit ausgesprochenen Annahme. Circa 90 Prozent der Arbeiter wollen den Schiedsspruch annehmen, betonen aber in der Entschiedenheit, daß bei einem einigermaßen guten Willen seit der gewählten 6-Prozentigen Erhöhung auch die verlangten 15 Prozent möglich gewesen wären. Wir erwarten vom Reichsarbeitsministerium, daß dieses Mal die Entscheidung des Karlsruher Landes-

richters, falls die Unternehmer den Schiedsspruch ablehnen, für verbindlich erklärt wird. Sollte dies nicht geschehen, so würde sofort der Streik ausgenommen werden.

Von Arbeitgeberseite aus wird aller Voraussicht nach der Schiedsspruch abgelehnt werden. Die Erklärung schriftlich läuft bis zum kommenden Samstag.

### Zur Verhütung der Notenfälscher

Donaueshingen, 27. Jan. Zur Angelegenheit der falschen 50 Frankennoten erzählt die Schweizerische Depeschentagatur: Am 26. Dezember waren am Bahnhof von Billigen zwei Koffer als Handgepäck abgegeben worden. Nach Ablauf der Depostenfrist jedoch wurden sie nicht wieder erhoben. Sie wurden deshalb am 15. Januar bahnamäßig geöffnet. Man fand darin umfangreiches Werkzeug zur Herstellung von Banknoten, wie einen Photographenapparat, Lithographensteine und Photographenplatten mit dem Bilde der Schweizerischen 50 Frankennote, Farbstoffe usw. Man konnte feststellen, daß dieses Material zur Herstellung von leiblich aufgetauchten falschen Noten benützt worden war. Ein in einem Koffer vorgefundenes Formular führte auf die Fälscher des 1897 geborenen Franz Mutter in Donaueshingen, der am 19. Januar verhaftet wurde. Es wurde in einem Koffer eine handschriftliche Anleitung zur Herstellung von Scheindrucken gefunden, die auf den 28-jährigen Fritz Bühler wies, der bei Mutter ein Zimmer hatte, dessen Verhaftung dann in Basel erfolgte. Beide leugneten zuerst hartnäckig. Am Montag nun hat Mutter gestanden, in seiner Wohnung zusammen mit Bühler 110 falsche Noten hergestellt zu haben unter Mithilfe des inzwischen ebenfalls verhafteten August Simon in Donaueshingen, eines bekannten Falschmünczers, der wegen Anfertigung von falschen 50 Markscheinen schon erheblich vorbestraft ist. Bühler sagte aus, er habe in kleinen Läden in Zürich 35, in St. Gallen 6 und in Basel 3 Stück abgesetzt, die übrigen im Abort eines Basler Gasthofes verbrannt, wo auch 62 Stück aufgefunden wurden. Das Verfahren wegen der Herstellung der Noten wird in Donaueshingen durchgeführt. Das Auslieferungsgeschehen gegen Bühler ist von den deutschen Behörden bereits gestellt und das Verfahren wegen Herausgabe der falschen Noten wird gleichzeitig an einem noch vom eidgenössischen Justizdepartement zu bestimmenden Ort der Schweiz durchgeführt.

### Aus Ettingen-Stadt und Land

Ettingen, den 27. Januar.

#### Die Zusatzkürze

In der die hiesigen Jünglinge und Gewerbetreibenden eine Vereinigung zur Wahrung ihrer Belange haben, war gestern abend zu einer wichtigen Tagesordnung unter dem Obermeister K. Linz versammelt. In erster Stelle kam die Beitragserhöhung in der Allgem. Ortskrankenkasse um 1 v. H. des Durchschnittslohnes zur Aussprache. Herr Kassenverwalter R. Brückel hatte es in dankenswerter Weise übernommen, der Versammlung in großen Umrissen eine Darstellung über die Auswirkung des neuesten Erlasses des preussischen Gesundheitsministers Dirshöfer bei den Krankenkassen zu geben, der Ende Dezember 1926 ohne genügende Verhandlung mit den in betracht kommenden Organen sich entzweit, einen Antrag der Ärzte auf dem Verordnungswege geschliche Kraft zu geben, wonach hiesigen eine 20prozentige Gebührenerhöhung ausgesprochen wurde. Daburch haben die Kassen im Reich 60 Millionen, die Kassen in Baden etwa 3 Millionen und die hiesige Krankenkasse 18 000-20 000 Mark mehr aufzubringen. Diese regierungsseitige „Abbau-Maßregel“ sowie eine Erweiterung der Wohlfühlhilfe, durch welche die Krankenkassen zur Zahlung einer Entschädigung der Hebammen in Höhe von 35 Mark und Kostenübernahme von Verbandsmaterial gezwungen sind, bringt die Kassenverwaltungen in die unangenehme Lage, von ihren Mitgliedern, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wieder erhöhte Beiträge fordern zu müssen. Eine Entbindung kostet die Kasse heute 110-112 Mark. Hierzu kommt ein Krankenstand, der heute so hoch ist, daß die Einnahmen kaum für das Krankengeld ausreichen sind so daß die Zahlung von Arzt, Apotheke und Krankenhaus den Betriebsfond wieder aufzehrt, wie schon im vergangenen Jahre. Reserven sind fast gänzlich keine vorhanden.

Herr Direktor Enderle wies als Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse ebenfalls auf die Lage innerhalb der Kasse hin und machte die Versammlung mit einem Antrag bekannt, den die Arbeitgeber eingebracht haben, um die Beitragserhöhung nicht über 6 1/2 v. H. kommen zu lassen, denn alles habe ein Ende und man dürfe den Bogen nicht über-spannen.

Auf Anfrage gab Herr Brückel die Auswirkung der Erhöhung in den einzelnen Pforten bekannt, darnach betragen die Beiträge pro Versicherten und Monat:

- Lohnklasse 5: bei 6 Proz. 4,50 M.; bei 7 Proz. 5,10 Mark.
- Lohnklasse 6: bei 6 Proz. 5,40 M.; bei 7 Proz. 6,30 Mark.
- Lohnklasse 8: bei 6 Proz. 7,20 M.; bei 7 Proz. 8,40 Mark.
- Lohnklasse 9: bei 6 Proz. 8,10 M.; bei 7 Proz. 9,30 Mark.
- Lohnklasse 10: bei 6 Proz. 9,— M.; bei 7 Proz. 10,50 Mark.

Die Neuerungen aus dem Kreise der Mitglieder schloßen sich dem Vorgehen der Arbeitgeber an. Eine Entschädigung an die Regierung fordert Zurücknahme der Versicherung, die nicht tragbar ist, und Abbau der Sonderleistungen der Kasse, solange der Kassenbestand so angespannt ist wie gegenwärtig.

Im weiteren Verlaufe des Abends wurden die Herren Preißig und Zimmer als Vertreter in den Gewerkschaftsrat gewählt.

Herr Linz gab die Verabschiedung der an den Gemeinderat gerichteten 3 Anträge bekannt. Es wurde hinsichtlich der Bankkostenzuschüsse ein erfreuliches Resultat erreicht; die Sätze dieses Jahres sind folgende:

- 2-Zimmerwohnung 8 500 Mark,
- 3-Zimmerwohnung 11 000 Mark,
- 4-Zimmerwohnung 13 250 Mark,
- 5-Zimmerwohnung 15 000 Mark.

Die Baugelder werden allen Bauherren bis zum Höchstbetrage von 85 Prozent nach Prüfung der Sachlage gewährt. 35 Prozent davon sind mit 6 Prozent zu verzinsen, 50 Prozent davon werden mit 2 Prozent verzinst und 3 Prozent amortisiert.

Der Vorsitzende dankte nach Aussprache über weitere Punkte den Rednern für ihre Aufschlüsse und gab einige Einladungen zu Vorträgen und Gantagen bekannt.

† Gestorben in Frauenalb: Peter Rothberger, Wirt zum „König von Preußen“ (früher „Veraschmied“, Solzbachtal), 56 Jahre alt. Beerdigung: Freitag vormittag 9 Uhr ab Frauenalb.

† Gestorben in Speffari: Fridor Dörs, 77 Jahre alt. Beerdigung: Freitag vormittag 9 Uhr.

Ein Abgeordneter der Bezirksfeuerwehren findet am kommenden Sonntag nachmittag 2 Uhr im „Lamm“ Ratt. Die Tagesordnung enthält u. a. die Punkte: „Gründung von Wehren“, „Die Uebernahme der Helmauffänge und Wappens gemäß Vorschlag des Landesauschusses“. Als Ort für den diesjährigen Bezirksfeuerwehretag ist Ettingen gewählt, welches das 20-jährige Bestehen des dortigen Korps feiern wird.

In der gestrigen Gemeinderatssitzung wurde die Kanalisationsfrage in Verbindung mit einer Ferngasleitung Karlsruhe-Ettingen und das Ergebnis des Submissionsausschreibens für die erste Bauperiode durchgesprochen. Zu einer Stellungnahme im Gemeinderat kam es gestern nicht, da gegen Ende der Sitzung eine Beschlußfähigkeit des Kollegiums nicht mehr bestand. Mit den Fraktionsvorsitzenden soll noch einmal eine Besprechung abgehalten werden, um sie über den neuesten Stand der Angelegenheit zu informieren.

Fortführung der Karlsruher Straßenbahn bis Ettingen? In der gestrigen Sitzung der Jungfrunde wurde behauptet, daß nach einer authentischen Mitteilung aus Karlsruhe eine Durchführung der Karlsruher Straßenbahnlinie über das Weiberäckergebiet und Müppurr bis Ettingen geplant ist und daß in Wäldern mit der Ausführung dieser neuen Verbindung zu rechnen sei.

Der wegen Sittlichkeitsdelikten gestern eingelieferte junge Knecht hat sich, wie festgestellt wurde, noch ein weiteres Vergehen in dieser Hinsicht zu schulden kommen lassen.

Der Instrumentenverein veranstaltet am Samstag, den 3. Februar 1927, in der „Sonne“ ein Konzert mit 40 Personen, worauf die Mitglieder, sowie Freunde und Gönner des Vereins heute schon hingewiesen werden. Näheres folgt noch im Anzeigenteil unseres Blattes.

Musikverein Ettingen. Die ordentliche Generalversammlung findet am Sonntag, den 6. Februar 1927, nachmittags 1/2 Uhr, im Saale des Gasthauses zum „Erbsitz“ statt. Das Musikfest mit Preiswettbewerb ist nun endgültig auf den 28., 29. und 30. Mai d. J. festgelegt und sind die Vorbereitungen dazu nun in vollem Gange. In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist eine starke Beteiligung bei der Generalversammlung dringend erwünscht. Die Festnachtsveranstaltung des Musikvereins Ettingen ist auf Samstag, den 19. Februar 1927, in die Stadt, Festhalle anberaumt. Durch Zufall ist es uns gelungen, die über 40 Mann starke Stadtkapelle des früheren Musikantenführers Abd el Krim in Marokko, welche auf einer großen Konzertreise durch Europa beiriffen ist, für unsere Veranstaltung zu verpflichten. Unter Mitwirkung dieser Kapelle mit ihren zahlreichen Angehörigen, sämtliche in originellen Trachten, wird die Veranstaltung unter dem Motto: „Festung in den Gefilden Marokkos“ unseren Mitgliedern und ihren Angehörigen das ganze bunte Leben des wenig bekannten exotischen Landes, besonders aus den Städten Tanger, Fez, Casablanca usw. vorgeführt werden. Ohne Zweifel wird diese Veranstaltung für die Beteiligten eine gemüthliche, gemerkte werden. Alle Mitglieder mit Familienangehörigen seien schon jetzt auf diesen bunten Abend aufmerksam gemacht mit der Bitte, sich darauf vorzubereiten. Weiteres in den Inferaten.

März, 25. Jan. Der Gesangverein „Eintracht“ hielt am Sonntag, den 23. ds. Mts., im Gasthaus „Zum Lamm“ seine diesjährige Generalversammlung ab. Dem Auftakt bildete das Lied: „Gebet die Herzen empor“. Dem begrüßte Vereinsvorstand Schreinermeister Ludwig Ded die in großer Zahl Erschienenen und gab in kurzen, aber treffenden Worten einen Ueberblick über die Tätigkeit des Vereins im abgelaufenen Vereinsjahr, das er als ein Jahr ruhiger und fortschreitender Entwicklung bezeichnete. Dann gedachte er mit herzlichen Worten der Toten, die die Versammlung durch Erheben von den Siben ehrte. Daraufhin wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erstattete der Kassier, Herr Landwirt Wilhelm Hais, den Kassenbericht, der von den beiden Revisoren geprüft und in Ordnung befunden wurde. Für die musterghltige Arbeit wurde dem Kassier Dank und Anerkennung ausgesprochen und Entlastung erteilt. Aus dem Kassenbericht sei hervorgehoben, daß dank der Opferwilligkeit der Mitglieder es gelungen ist, den vor Jahresfrist angeschafften Mägel bis auf 200 Mark abzutragen. Nun wurde zur Wahl des Gesamtvorstandes geschritten. In geheimer Abstimmung wurde die alte Vorstandschaft mit erdrückender Mehrheit wiedergewählt. Die Gewählten nahmen die Wahl an. Nach Erledigung einer Reihe innerer Vereinsangelegenheiten, die eine erfreuliche Reihe Aussprache hervorriefen, konnte Sänger Alois Neu, Zimmermann, unter allgemeinem Beifall mit entsprechenden Worten und unter Aushandigung einer Ehrenurkunde für 20-jährige Mitgliedschaft zum Ehrenmitglied ernannt werden. Nun wurde in den Hauptpunkt der Tagesordnung eingetreten: Aussprache und Beschlußfassung über das im Jahre 1926 abzuhaltende 40-jährige Stiftungsfest, verbunden mit Fahnenweihe und Gesangswettbewerb. Die Aussprache hierüber war äußerst reger, das Für und Wider einer solchen Veranstaltung wurde sachlich und gründlich abgewogen und dann das Unternehmen autoebelien. Es wurde auch bereits schon ein Ualiederer vorbereitender Festausdruck ins Leben gerufen der frühzeitig genau seine Arbeiten aufnehmen wird. Mit den Liedern: „Wie könnt ich dein vergessen“ und „Es grünen die Bäume“ fand die einträchtig verlaufene Versammlung ihren Abgang.

### Ablauf wichtiger Fristen bei der Lohnsteuer

Das Reichsfinanzministerium weist auf folgendes hin: 1. Arbeitnehmer, die wegen Verdienstaussfalls oder wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse den Antrag auf Erstattung von Lohnsteuer stellen können, müssen dies bis zum 31. März 1927 bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk sie am 31. Dezember 1926 ihren Wohnsitz gehabt haben, tun. Fristverlängerung hat Ablehnung des Erstattungsantrages zur Folge. Die Einzelheiten ergeben sich aus einem Merkblatt, das ebenso wie Vordrucke zu Erstattungsanträgen, die auf Verdienstaussfall gestützt werden, bei den Finanzämtern unentgeltlich erhältlich sind. 2. Arbeitgeber, die im Kalenderjahr 1926 die Lohnsteuer ihrer Arbeitnehmer in Bar oder durch Ueberweisung an das Reich abgeführt haben, müssen bis zum 31. Januar 1927 dem Finanzamt, an das die Lohnsteuer abgeführt worden ist, Ueberweisungsblätter, Nachweisungen und Zusammenstellungen nach vorgeschriebenen Mustern, die bei den Finanzämtern unentgeltlich erhältlich sind, einreichen. 3. Arbeitnehmer, für die im Kalenderjahr 1926 Steuermarken verwendet worden sind, sind verpflichtet, ihre Steuermarken für 1926 mit den mit Marken bestellten Einlagen bis zum 31. Januar 1927 bei dem Finanzamt abzuliefern, in dessen Bezirk sie am 31. Dezember 1926 gewohnt haben.

### Senefluversuche bei Karlsruhe

Wieder hat der Karlsruher Luftfahrtverein einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Nachdem seine Segelfliegergruppe kürzlich in Pforzheim den Wanderpreis gewonnen hat, hat am Sonntag, den 23. ds. Mts. vormittags, bei Ettingen die Flugtechnische Gruppe Staatstechnikum des K. L. B. den vor etwa 5 Jahren von Studierenden des Badischen Staatstechnikums gebauten Hängegleiter von neuem im Gelände erprobt. In den vergangenen Wochen wurde das Segelflugzeug, das durch frühere Versuche am Turmberg und bei Pforzheim etwas beschädigt war, gründlich wiederhergestellt.

Obwohl kein Wind herrschte, wurden die Versuche über die Tragfähigkeit in 15 Sprüngen von vier verschiedenen

Herren ausgeführt. Es hatte sich schon vor fünf Jahren gezeigt, daß der Hängegleiter etwas schwer im Gewicht geworden war. Jedoch kam es bei dem Bau mehr darauf an, den Studierenden des Badischen Staatstechnikums Kenntnisse über den Bau und die Zusammenfassung eines Flugzeuges und seiner Einzelteile zu übermitteln als darauf, möglichst leicht zu bauen. Die Übungsprünge mit dem Hängegleiter „Hilfotte“ dienen hauptsächlich zur Weiterarbeit an dem im Sommersemester zu erbauenden großen Segelflugzeug, zu dem die Pläne bereits in Arbeit sind, anzuregen. Der A. L. B. wird somit bis zum Herbst in seiner Gruppe Bad. Staatstechnikum ein leistungsfähiges Segelflugzeug erheben lassen können, wenn ihm die dazu erforderlichen Unterstüßungen zuteil werden. Arbeitsräume für den Segelflugzeugbau sind in Ruppurr bereits gefunden, wo auch der Hängegleiter „Hilfotte“ untergebracht ist.

Der Transport des Segelflugzeuges durch Ruppurr nach Gttingen hat bei dem Sonntagsspektakel und den schon Wochen auf diesen Augenblick spannenden Ruppurrern allgemeines Interesse erregt.

Selbsthilfe durch Seidenbau

In „Die Ackerholle“, Hamm (Westf.), schreibt Architekt Martini, Probststeierhagen in Göttingen:

Es ist immer noch viel zu wenig bekannt, daß zur Ueberwindung von Wirtschaftsnot und Erwerbslosigkeit die Natur jedem von uns in Deutschland die vorzüglichste Selbsthilfe bietet

durch Gewinnung von Seide.

Die Seide ist das kostbarste Rohmaterial in der Textilindustrie, wird an Elastizität, Haltbarkeit und Glanz des Fadens von keinem Rohstoff übertroffen und ist das Produkt der Seidenraupe. Nach dem Ausschlüpfen aus dem Eiern werden die Raupen die niemals umherkriechen, weder Geräusch noch Geruch verursachen, auf Regale gelegt und mit Maulbeerblättern gefüttert. Die Raupen spinnen sich dann nach zirka 25 Tagen mittels eines zirka 9000 Meter langen seidernen Fadens in den Kokon ein. Der davon aufgebaute endlose Faden ergibt die Rohseide.

In keinem Lande der Welt gibt es dafür so günstige Bedingungen und wachsen die Maulbeerbeden auf jedem Boden so gut und üppig wie gerade in unserem Klima. Wir sollten uns endlich an den Ungarn ein Beispiel nehmen, dann können auch in Deutschland Millionen von Seidenbauern leben. Milliardenwerte produzieren, zu Wohlstand gelangen, ihre und der Kinder Zukunft lebenslanglich sichern, denn die Maulbeerbeden werden sehr alt. Das deutsche Volk muß heute die im Seidenbau liegenden unbegrenzten Erwerbsmöglichkeiten ausnützen und darf kein Geld unnötigerweise ins Ausland schicken. Es ist ein schweres Vergehen an unserem heute so schwer um seine Existenz ringenden Volke, aus Eigennutz oder Unkenntnis die Entwicklung des Seidenbaues noch hemmen zu wollen. Herren der Regierung, Landratsämter, Magistrate, Handelskammern und ein großer Kreis führender Persönlichkeiten verschaffen sich in diesem Sommer durch wiederholte Besichtigungen des Seidenbaues in Probststeierhagen ein objektives und unbefangenes Urteil und überzeugen sich mit eigenen Augen von der absoluten Einfachheit, Sauberkeit der Arbeit, und daß die Praxis erfüllt, was die Theorie verspricht. Die große Bedeutung erlernend, helfen hier jetzt alle an der Entwicklung eifrig mit, die aus innerer Kraft von Nachbar zu Nachbar unaufhaltsam vor sich geht, so daß allein in Kiel und Umgegend in diesem Jahre 800 große und kleine Buchtungen entstanden.

Von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung ist, daß die deutsche Seide, die unter Zusammenschluß der Seidenbauern nur gemeinsam vermehrt wird, eine der besten ist, sie verhält sich nach den letzten Prüfungen z. B. zur italienischen Seide in der Bruchfestigkeit wie 53 : 6 und in der Elastizität wie 12 : 2,4, eignet sich daher ganz hervorragend für gewerbliche Zwecke, namentlich für Siebe in der Mühlenindustrie usw., deshalb ist auch der Absatz gänzlich unbegrenzt. In Deutschland können je nach Futter beliebig viele Buchtungen, in Italien infolge des afrikanischen Wüstenwindes nur etwa zwei Buchtungen durchgeführt werden. Italiens Ausfuhr beträgt trotzdem etwa eine Milliarde, während Deutsch-

land mit seinen günstigen Zuchtbedingungen leider noch für hunderte Millionen Goldmark Seide jährlich einführen muß. Die Zucht ist in allen Seidenbau treibenden Ländern staatlich. Infolge der erfolglosen Hochzucht, die jetzt auch in Deutschland durch das Ministerium für Landwirtschaft vom Staate übernommen und in Göttingen a. N. angegliedert worden ist, ist nur der deutsche Seidenbau heute so gut fundiert, daß niemand bei Innehaltung der Zuchtvorschriften an seiner Zucht etwas verderben kann, daß Fehlschläge ebenso ausgeschlossen sind wie Missernten. Eine Maulbeerbede mit 1000 Pflanzen, die sich auch der Kernste schon für etwa 1 Mark Samen schaffen kann, bringt lebenslanglich jährlich ca. 700 Mark Ertrag. Der Seidenbau in Deutschland ist nur eine reine Futterfrage und eine Sache der Aufklärung, kann von der Landwirtschaft und von jedem in Stadt und Land werden. Deshalb sollte die Deffentlichkeit immer wieder hierauf hingewiesen werden, um Deutschland von einem sehr teuren Importartikel zu befreien, das Volkvermögen zu vermehren, brachliegende Ländereien mit Maulbeerbeden ertragfähig zu machen und weiten Volkstreffen lohnende Erwerbsquellen zu schaffen. Interessenten werden sachgemäß informiert, auch steht die Lehrzucht in Probststeierhagen, die allein im September v. J. von 955 Personen, außer den Vermenden, besucht wurde, im Sommer zur Verfügung, damit sich jeder selbst ein eigenes Urteil bilden kann.

Handelsnachrichten

Der Schweinemarkt in Gttingen am 26. Januar war besahren mit 2 Käusern und 8 Ferkeln. Verkauf wurden 7 Ferkel, das Paar zu 48 bis 50 Mark; 2 Käufer das Stück zu 110 Mark.

Durlacher Viehmarkt am 26. Januar 1927.

Aufgetrieben waren: 66 Kühe, 32 Rinder, 16 Kälber. Verkauf wurden: 54 Kühe, 26 Rinder, 16 Kälber. Durchschnittspreise: für Milchkühe 700 Mk., für Zuchtkühe 750 Mark, für Kalbinnen 600 Mk., für Kuhkinder 300 Mk.

Karlsruher Produktenbörse vom 26. Januar 1927. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel.

Die Tendenz ist weiter fest. Getreid sind vor allen Dingen prompte Futtermittel und gute Braggerie. In Mehl ist das Geschäft bei erhöhten Preisen klein. Deutscher Weizen 29.50-29.75; deutscher Roggen 25.25-26.25; Sommergerste 27.50-29; besonders schöne, insbesondere Pfälzer Qualität über Notiz; deutscher Hafer 20-20.75; Plata-Mais 18.75; Weizenmehl Mühlenforderung 40.25-40.50; Roggenmehl Mühlenforderung 37-38.50; Weizenfuttermehl je nach Qualität 15.50-16; Weizenkleie fein 12.25-12.50; Weizenkleie grob 13.25-13.75; Roggenkleie 13.25 bis 13.75; Bierreber 16.75-17.25; Malzkeime 16.50-17.25; Erdenschnitzel 11.50-11.75; Speisefartoffel weißfl. 10.25 bis 11.25; gelbfl. 11.75-12.75. - Raufuttermittel: Poles Wiesensheu, gut, gesund, trocken 9-9.50; Luzerne 9.75-10.75; Weizen-Roggenstroh 4.50-5. - Mes per 100 Kilo. Mühlenfabrikate, Mais, Bierreber und Malzkeime mit Getreide und Erdenschnitzel ohne Sac. Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertigung Parität Fabrikation. Waggongpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. - Abteilung Weine und Spirituosen: Weispreise unverändert fest und steigend. Die Lage am Spirituosenmarkt ist unverändert bei gleichfalls festen Preisen.

Letzte Nachrichten

Selbstmord eines Separatistenführers.

Paris, 27. Jan. Der durch seine Beteiligung an der Separatistenbewegung auch in Deutschland bekannte französische Journalist Hocaue wurde zusammen mit seinem Freund in einem Straßburger Hotel tot aufgefunden. Der Tod der Beiden wird auf den Genuß von Betäubungsmitteln zurückgeführt. Hocaue war ein intimer Freund Doretens und unterstützte die Separatistenbewegung. Er nahm auch an dem bewaffneten französischen Ueberfall auf einen Geleittransport der Reichsanstaltliche Weisabten teil und wurde von dem französischen Kriegsgericht aus dem besten Gebiet ausgewiesen.

Für die Erwerbslosenfürsorge wurden neue Ausschüsse angestellt, durch die eine einheitliche Prüfung der Bedürftigkeit der Erwerbslosen im Reich sichergestellt wird und die Gärten ausgeschlossen werden, die bisher infolge des Fehlens einheitlicher Bestimmungen im Reich beschachtet worden sind. Ferner wird festgestellt, daß regelmäßige Arbeiten, die fortlaufend die Arbeitsfähigkeit eines Arbeitnehmers beanspruchen, nicht im Wege der Pflichtarbeit ausgeführt werden dürfen.

Die chinesische Einheitsfront gegen England ist herbeigeführt. Zur Falle einer Antankung der Souveränitätsrechte Chinas wird sich das ganze chinesische Volk vom Bürgerkrieg abwenden und der nationalen Verteidigung widmen, wie General Tschang erklärte. - Der britische Botschafter in Sankt Petersburg hat neue Instruktionen erhalten.

Collidge nahm von dem Zurückziehungsverlangen der Nicaraguatruppen seitens der Opposition Kenntnis. Die Desinteressierten verlangen eine völlige Ignorierung der Resolution über die Verweisung an ein Schiedsgericht.

Das Versailler Militärkomitee rechnet mit dem Zustandekommen eines Verständigungsprojektes mit Deutschland noch vor dem 31. Januar.

Kaufmann Gachbich, der Neuföhrer Mörder seines Sohnes auf dem Finanzamt, der freigegeben war, ist wieder in Haft genommen worden.

Die beiden Postbeamtenorganisationen haben sich zu einem „Postverband“ zusammengeschlossen.

Bücherschau

Sprachpflege.

Le Traducteur, französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt.

Diese Zeitschrift macht sich zur Aufgabe, das Studium der französischen oder deutschen Sprache, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiterzuführen. Die dem Urtext nebenangelegte genaue Uebersetzung führt dem Leser in beiden Sprachen den richtig gewählten Ausdruck vor, wodurch der Wortschatz vermehrt und die Genauigkeit in der Uebersetzung des Sinnes erlernt werden kann. Jede Nummer enthält neben hübschen Bildern und einer durchlaufenden arabischen Größenschrift manigfaltigen Lesestoff, Gespräche, Briefe, Uebersetzungsaufgaben sowie eine besondere Rubrik für Briefkasten. Wer sich mit Sprachstudium befaßt, dem sei diese überall gut eingeführte und bekannte Zeitschrift aufs wärmste empfohlen.

Probekunden kostenlos durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

P. K. Kaubonbons - deutsche Fabrik! Entgegen vielfach verbreiteter Ansicht, daß diese Bonbons ausländisches Fabrikat seien, macht die Wrigley A. G. ausdrücklich darauf aufmerksam, daß es sich um ein rein deutsches Fabrikat handelt, hergestellt von deutschen Arbeitkräften und aus deutschen Rohmaterialien, in der Mutterfabrik in Frankfurt a. Main. Der Gebrauch der Kau-Bonbons wird als den Zähnen zuträglich von ärztlichen und zahnärztlichen Autoritäten sehr günstig beurteilt.

Wetterbericht

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte vom 26. Januar 1927.

Karlsruhe, 26. Januar. Baden hatte gestern wolfiges Wetter mit Strahlungsrost, Aufhellungen und Morgennebeln. Ueber dem Festland ist der Druck weiterhin getiegen. Unser Land befindet sich im Grenzgebiet zwischen dem Hochdruck über dem östlichen Europa und den großen ozeanischen Zyklenen, deren Randwellen für uns Dämpfungsschwankungen bei zunächst wenig veränderten Temperaturverhältnissen bringen werden. Allmählich ist jedoch auch mit zunehmender, in den Höhen beginnender Erwärmung zu rechnen.

Wetterausichten für Donnerstag, den 27. Januar: Bewölkungsschwankungen bei zunächst wenig veränderten Temperaturen, zunächst in der Höhe, später auch in tieferen Lagen zunehmende Erwärmung bei südwestlichen Winden.

Advertisement for Pfannkuch, Cabliou, Schellfische, Goldbarsch, Stockfische, Süßbücklinge, and Pfannkuch. Includes prices and descriptions.

Advertisement for Brenn- und Holz-Versteigerung. Details the auction of firewood and timber in Gttingen.

Advertisement for Internationale Gil- und gewöhnliche Frachtbriefe. Lists various shipping services and rates.

Advertisement for Buch- und Steindruckerei R. Barth. Lists various printing services.

Advertisement for Bekanntmachung. Official notice regarding the municipality of Neuburgweier.

Advertisement for Rindfarren. Details the sale of cattle in Neuburgweier.

Advertisement for Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Details the organization for war-disabled persons.

Advertisement for General-Versammlung. Details a general assembly of the Reichsbund.

Advertisement for Holz-Versteigerung. Details the auction of timber.

Advertisement for Gemeindefreilohheim. Details the municipality of Freilohheim.

Advertisement for Gummistempel. Details the sale of rubber stamps.

Advertisement for Rechnungen. Details the sale of accounting books.

Advertisement for H. Hauck. Details various dental services.

Advertisement for Bismarckheringe. Details the sale of Bismarck herring.

Advertisement for Brauheringe. Details the sale of beer rings.

Advertisement for Eier. Details the sale of eggs.

Advertisement for Schaik. Details the sale of Schaik.

Advertisement for Zimmerwohnung. Details the rental of a room.

Advertisement for 31 Mr. Maier. Details the sale of various items.

Large advertisement for Wrigley P.K. Kaubonbons. Includes an image of the product and text describing its benefits for dental health.